

An

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
Die Staatssekretärin für Arbeit, Frauen und Gleichstellung
Die Gleichstellungspolitischen Sprecher*innen
der Fraktionen im Abgeordnetenhaus
Die Haushaltspolitischen Sprecher*innen
der Fraktionen im Abgeordnetenhaus
Den Ausschuss für Integration, Frauen, Gleichstellung,
Vielfalt und Antidiskriminierung im Abgeordnetenhaus

- per E-Mail -

Berlin, 11. September 2023

Offener Brief

bezüglich der geplanten Kürzungen sowie fehlender Transparenz im Einzelplan 11, Kapitel 1180, Titel 68406

Transparenz und finanzielle Absicherung für feministische Projekte im Haushaltsplan 2024/2025!

Sehr geehrte Frau Senatorin Cansel Kiziltepe,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Micha Klapp,
sehr geehrte Sprecher*innen,
sehr geehrte Abgeordnete,

als Arbeitsgemeinschaft Feministische Zentren im BFN (Berliner Frauen Netzwerk) wenden wir uns heute an Sie, um unsere große Besorgnis über den **Entwurf des Berliner Haushaltsplans 2024/ 2025** zum Ausdruck zu bringen:

In diesem Entwurf sind sämtliche **feministische Zentren, Vereine, Organisationen, Empowerment-Projekte, Frauenhäuser und Anti-Gewalt-Projekte nicht mehr einzeln gelistet**, sondern unter Übergruppen zusammengefasst. Diese Änderung hat für uns alle eine große Unsicherheit zur Folge, da so keinerlei Transparenz mehr gewährleistet ist und die Projektträger nicht wissen, mit welchen Summen sie planen und arbeiten können.

Des Weiteren sind wir sehr beunruhigt über den **deutlich verringerten finanziellen Etat** für „Frauzentren mit besonderer Zielsetzung, Frauenverbände und Empowerment-Projekte“: Im Haushaltsplan 2022/2023 waren für diesen Bereich 4.246.840 € eingestellt. Im aktuellen

Haushaltsplan 2024/2025 sind es nur noch 3.407.000 €. **Es fehlen also rund 840.000 Euro (!), d.h. fast 20 %, im Vergleich zum Haushaltsplan 2023.** Schon der letzte Haushaltsplan verfehlte

es, die **realen Mehrbedarfe** abzubilden und **auf mindestens 5,5 Millionen Euro aufzustocken** - eine dringend notwendige Anpassung, die wir feministischen Zentren und Empowerment-Projekte bereits seit Jahren fordern.

Wir weisen hier erneut darauf hin, dass lange stagnierende Förderungen de facto Kürzungen sind! Wir fordern Sie auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen und die Projekte entsprechend der genannten Mehrbedarfe auszufinanzieren.

Auch die sehr hoch veranschlagte **Pauschale Minderausgabe (PMA) von über 2 Millionen Euro** im Gesamthaushalt unserer Verwaltung lässt massive Kürzungen oder sogar Streichungen im Gesamtetat befürchten. Hier muss sicher gestellt werden, dass die PMA **NICHT** auf den ohnehin unterfinanzierten Bereich Frauen und Gleichstellung angewandt werden dürfen.

Wir möchten dringend an Sie appellieren, sich für öffentliche Transparenz und finanzielle Absicherung feministischer Zentren und Projekte sowie Empowerment-Projekte und Selbsthilfeprojekte in der Haushaltsplanung einzusetzen!

Durch die Zusammenlegung der Projekte im Entwurf des Haushaltsplans wird signalisiert, dass die wichtige **gleichstellungspolitische Bedeutung und gesellschaftliche Arbeit** der einzelnen feministischen Zentren und Projekte mit ihren verschiedenen und sich ergänzenden Schwerpunkten und Angeboten von der Politik depriorisiert und ihnen damit nicht die Bedeutung und die verfassungsmäßige Notwendigkeit zugestanden wird (GG Art. 3, Abs. 3), die ihnen gebührt. Das verfassungsmäßige Gleichstellungsversprechen wird durch unsere Arbeit befördert.

Für die feministischen Projekte ist es existenziell, dass eine gesicherte Finanzierung aufrecht erhalten und angemessen ausgebaut wird, um ihre wichtige Arbeit fortsetzen zu können. Eine Kürzung der Gelder würde nicht nur die Projekte selbst beeinträchtigen, sondern vor allem die Menschen/Frauen, die von ihren Beratungen, Bildungsangeboten, Unterstützung und Empowerment profitieren und dringend darauf angewiesen sind.

Die Arbeit der feministischen Projekte ist essenzieller Bestandteil der Umsetzung der Istanbul Konvention. An den feministischen Zentren und Projekten sparen, bedeutet, an anderer Stelle ein Vielfaches an Folgekosten zu produzieren, da wir unabdingbare und im besten Falle intersektionale Sensibilisierungs-, Bildungs-, Beratungs-, Empowerment- und sonstige Präventionsarbeit im Sinne der Istanbul Konvention leisten!

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass die Kürzungen zurückgenommen werden, die dringend nötigen finanziellen Aufwüchse im Haushalt abgebildet und eine transparente Auflistung der einzelnen Posten erfolgt.

Setzen Sie sich mit uns gemeinsam dafür ein, dass die gesellschaftliche Bedeutung der feministischen Projekte für diese Stadt im Haushaltsplan adäquat abgebildet wird!

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft Feministische Zentren
im Berliner Frauennetzwerk (bfm)

Kontakt / Ansprechpersonen:

Frauenkreise | Space2groW

Gabi Zekina, E-Mail: zekina@frauenkreise-berlin.de, Tel. 030-280 61 85

Frauzentrum Paula Panke

Kathrin Möller, E-Mail: leitung@paula-panke.de, Tel. 030-234 64 788